

**Abschlusskundgebungsrede von Frau Dr. Luitgard Derschmidt,
Präsidentin der Kath. Aktion Österreichs auf der Demonstration
„Wir zahlen nicht für eure Krise“ am 28.03.09 in Wien**

Wenn unser heutiges solidarisches Zusammentreffen so vieler Menschen aus den verschiedensten Gruppierungen unter dem Demonstrationstitel: „Wir zahlen nicht für eure Krise“ läuft, so ist das eigentlich Schöpfungsberei – denn WIR ZAHLEN BEREITS – in verschiedensten Formen, z. B. mit steigender Arbeitslosigkeit, mit Kurzarbeit – aber auch mit Milliarden Euro Beträgen, die von den Regierungen aus Steuergeldern zur Sicherung von Banken beziehungsweise des Geldkreislaufes zur Verfügung gestellt werden.

Dabei ist diese Krise ja keineswegs vom Himmel gefallen, sondern wurde von Menschen gemacht.

Fachleute haben schon länger gewarnt, dass die wirtschaftlichen Entwicklungen zu einer massiven Krise führen werden. Sie wurden als ideologisch einäugig, als Wirtschafts- und Fortschrittsfeinde abgetan und teilweise sogar verunglimpft.

Der Markt regelt sich selbst wurde beruhigend gegen alle beunruhigenden Zeichen gestellt. Aber der Markt hat sich, wie wir alle erleben müssen nicht selbst geregelt.

Der belgische Kardinal Joseph Cardijn, der Gründer der Katholischen Arbeiterjugend, hat gesagt: „Wir Christen und Christinnen dürfen uns nicht nur um die Fische kümmern, wir müssen uns auch um das Fischwasser bemühen, damit die Fische gut leben können.“ In Zeiten wie diesen muss das heißen, es kann das Wasser nicht mehr nur gereinigt werden, es muss das Wasser ausgetauscht werden!

Was jetzt zur Rettung des Wirtschafts- und Finanzsystems getan wird, heißt in diesem Bild, dass nun versucht wird, die Haifische zu zähmen beziehungsweise weiter zu füttern.

Alle bisherigen Maßnahmen sind unzulängliche Reparaturversuche und bedeuten die Aufrechterhaltung eines Systems, dessen Grundanliegen es wohl nie wirklich war, Ungerechtigkeiten abzuschaffen. Vielmehr ist dieses System zum Antriebsmotor für den Tanz ums „Goldene Kalb“ mutiert.

Gewinnmaximierung um jeden Preis, Konkurrenzkampf, Renditensteigerung auch auf Kosten von Arbeitsplätzen, die maßlose Gier, „das größte Stück vom Kuchen haben zu müssen, ohne zu bedenken, dass für andere dadurch nicht einmal mehr das nötige Brot übrig bleibt - und letztendlich die Bankrotterklärung.

Als Souverän dieses Staates, **als das Volk**, fordern wir von denen, die wir gewählt haben, neue und mutige Weichenstellungen, die eine gute Zukunft für alle ermöglichen und das Wohl aller in Österreich lebenden Menschen im Blick haben:

Die Katholische Aktion Österreich und ihre Gliederungen fordern die ehebaldigste **Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung**: Eine Beschlussfassung noch vor dem Sommer und die Umsetzung so schnell wie möglich!

Wir fordern eine **gute Absicherung des Sozialstaates** und Überlegungen dazu, wie auch das dafür nötige Geld zur Verfügung gestellt wird.

Wenn, wie wir zur Zeit erleben, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden und immer mehr Menschen an die Armutsgrenze kommen bzw. in die verfestigte Armut abgleiten, dann zeigt das eine menschenunwürdige Schieflage, die so nicht weiter geduldet werden kann, weder in Österreich, noch weltweit.

Es kann nicht sein, dass das Geld, das jetzt in die Banken gepumpt werden muss, in den wichtigen Lebensbereichen für viele fehlt, z.B Wohnungen und Energiekosten werden immer höher und belasten gerade die ärmeren Schichten.

Die Regierungen haben sich dem „Götzen“ Markt unterworfen und in jahrelanger neoliberaler Politik kräftig an der Schraube der Umverteilung von unten nach oben gedreht. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten und abzusichern, dass auch der Reichtum seinen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls leistet, **fordern wir die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer**, ebenso die **Wiedereinführung einer reformierten Erbschaftssteuer mit hohen Freibeträgen**.

Es braucht nicht Einsparungen sondern vielmehr Investitionen zugunsten der Menschen z. B. im Bildungsbereich, wo es jetzt darum gehen muss, Geld in die Hand zu nehmen um die Zukunft Österreichs und durch eine gute Ausbildung die Zukunft unserer Kinder sicher zu stellen.

Wir **fordern** daher, dass mit gleicher Energie und gleichem Engagement sowie mit vergleichbarem Mitteleinsatz z. B. **in Bildung, in Gesundheit, in den Pflege- und Betreuungsbereich**, in die Sicherstellung des sozialen Netzes investiert wird.

Wir **fordern** weltweit eine **demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte**: die derzeitige Situation muss Folgen haben. So etwas darf nicht mehr passieren!
Jede und jeder muss selbstverständlich einen Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft leisten, aber wir können auf Dauer nicht zulassen, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden.